

POSITIONSPAPIERE

**DES PARITÄTISCHEN WOHLFAHRTSVERBANDS NIEDERSACHSEN E.V.
BESCHLOSSEN AM 14.10.2023**



IMPRESSUM

Herausgeber

Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.
Gandhistrasse 5a
30559 Hannover
Tel.: 0511 / 5 24 86-0
landesverband@paritaetischer.de

Registereintrag

Registergericht Hannover
Vereinsregister-Nummer 2156

Steuernummer

Finanzamt Hannover-Nord
25/206/21596

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE56 3702 0500 0007 4495 00

Verantwortlich für den Inhalt

Kerstin Tack, Vorsitzende
Rainer Flinks, Vorstand Wirtschaft und Finanzen

Redaktion

Abteilung Grundsatz und Kommunikation
Leitung: Jens Starkebaum
Red.: Anika Falke und Maximilian Hennies
presse@paritaetischer.de

Druck

UmweltDruckhaus Hannover GmbH,
Langenhagen

Gestaltung

neuwaerts GmbH, Hannover

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier mit
mineralölfreien Druckfarben und CO₂-neutralem
Versand.

INHALTSVERZEICHNIS

- 4** **SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION DER SOZIALWIRTSCHAFT**
Klimapolitische Positionierung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands
Niedersachsen e.V.
- 10** **POSITIONSPAPIER FACHKRÄFTESICHERUNG**
des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V.
- 14** **FÜR EINE VITALE UND WEHRHAFTE DEMOKRATIE**
Positionierung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V.

SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION DER SOZIALWIRTSCHAFT

Klimapolitische Positionierung des
Paritätischen Wohlfahrtsverbands
Niedersachsen e.V.

PRÄAMBEL

Hitzeperioden, Starkniederschläge und Dürren: Solche Extremwetterereignisse, die wir in den vergangenen Jahren auch in Niedersachsen häufiger als früher erleben mussten, sind eindeutige Folgen des Klimawandels. Als Agrar- und Küstenland ist Niedersachsen besonders von den durch die Erderwärmung bedingten Klimafolgen betroffen, die eine ernstzunehmende Gefahr für die Lebensgrundlage der Menschen darstellen.

Bereits heute hat sich die Erde um etwa 1,1 Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit aufgeheizt. In Deutschland sind es sogar 1,6 Grad. Seit 1960 nimmt der weltweite Ausstoß von Kohlendioxid kontinuierlich zu. Dabei ist Deutschland nach wie vor der siebtgrößte CO₂-Emittent, wenn auch mit einem Anteil von unter 2 Prozent.

Auch wenn die CO₂-Emissionen in Deutschland sinken, wurden im Jahr 2022 die selbst gesetzten Klimaziele verfehlt. Dabei ist der rechtliche Rahmen mit dem Pariser Klimaabkommen und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz eindeutig. Auch das Land Niedersachsen hat sich mit der Aufnahme des Themas Klima als Staatsziel in die Landesverfassung und mit der Verabschiedung des Niedersächsischen Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes und zur Minderung der Folgen des Klimawandels klare Vorgaben gesetzt. Es mangelt also nicht an ambitionierten Zielen, sondern vielmehr am Willen, diese auch zeitnah zu erreichen und entsprechende Maßnahmen umzusetzen.

Bereits heute haben wir den Zeitpunkt, den Klimawandel aufzuhalten, längst verpasst. Jetzt geht es vor allem um den Versuch, die Klimakrise und damit eine existenzielle Gefährdung der gesamten Menschheit, ihrer Gesundheit und ihrer Sicherheit einzudämmen. Sollte es nicht gelingen die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten, erreicht der Planet kritische Kipppunkte mit nicht mehr reparablen Folgen für unser Ökosystem und unumkehrbaren sozialen Auswirkungen.

FOLGEN DES KLIMAWANDELS

Die Verwundbarkeit von Ökosystemen und Menschen gegenüber dem Klimawandel kann sich je nach und innerhalb von Regionen stark unterscheiden. Zu den zentralen Kriterien zurückgehend auf den Weltklimarat gehören sich überschneidende sozioökonomische Entwicklungsmuster, nicht nachhaltige Meeres- und Landnutzung, Ungleichheit, Ausgrenzung sowie historische und anhaltende Muster von Ungleichheit.

Die mit dem Klimawandel einhergehenden Folgen könnten in Deutschland - je nach Erderhitzung - bis zur Mitte des Jahrhunderts Kosten von bis zu 900 Milliarden Euro verursachen, wobei sich längst nicht alle möglichen Ereignisse und Kosten des Klimawandels in solchen Berechnungen abbilden lassen. Bereits heute führen die Folgen des Klimawandels zu existenziellen Verwerfungen. Im Rahmen der Klimakrise vertieft sich die Kluft zwischen den oberen und den unteren Einkommen immer weiter. Weltweit, auch in Deutschland, sind die sozial und finanziell weniger privilegierten Schichten von den Folgen des drohenden Klimawandels überproportional stark betroffen. Naturkatastrophen und Extremwetterereignisse treffen sie härter, steigende Energie- und Nahrungsmittelpreise sind für arme Haushalte schwerer zu stemmen als für wohlhabende. Arme Bevölkerungsgruppen sind darüber hinaus höheren Gesundheitsbelastungen durch Umweltprobleme ausgesetzt. Gleichzeitig ist ihre Resilienz aufgrund ihres geringen Einkommens weniger stark ausgeprägt, vor allem wenn soziale Sicherungssysteme fehlen oder nicht ausreichend finanziert sind.

NOTWENDIGKEIT EINER SOZIAL ÖKOLOGISCHEN TRANSFORMATION

Eine ambitionsarme oder unzureichende Klimapolitik können und dürfen wir uns nicht leisten, weder im Hinblick auf den damit einhergehenden Verlust an Biodiversität, noch im Zusammenhang mit der Wirkung auf andere zeitgleich auftretende soziale oder ökonomische Krisen. Denn die Klimakrise korreliert mit Fragen nach Gerechtigkeit, Verteilung und Teilhabe. Klimaschutz muss daher nicht nur als ökologisches, sondern auch als soziales Thema betrachtet werden, da nichts anderes als die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft verhandelt wird. Soziale Gerechtigkeit und eine ambitionierte Klimapolitik dürfen keine Gegensätze sein. Vielmehr ist eine Gesellschaft, an der alle Menschen gleichberechtigt teilhaben, auch die Voraussetzung für eine effektive Klimaschutzpolitik, die wiederum nur gelingen kann, wenn sie von einer breiten Mehrheit der Gesellschaft befürwortet und getragen wird.

Eine wirksame und effektive Klimaschutzpolitik wird zwangsweise mit spürbaren Einschränkungen, Belastungen und der Notwendigkeit zum Verzicht verbunden sein. Dabei muss verhindert werden, dass die bereits bestehende soziale Spaltung innerhalb der Gesellschaft durch klimapolitische Maßnahmen weiter vertieft wird. Die ökologische und die soziale Frage müssen in ihren Ursprüngen, Auswirkungen und den damit einhergehenden Notwendigkeiten zur Veränderung zusammengedacht werden. Zentrale Voraussetzung in diesem Zusammenhang ist ein zuverlässiger und funktionierender Sozialstaat, der den Menschen soziale Sicherheit garantiert. Eine klimapolitische Wende kann daher nur als sozial-ökologische Transformation funktionieren, die soziale und ökologische Lebensqualität miteinander verbindet.

TRANSFORMATION DER SOZIALWIRTSCHAFT

Die Auswirkungen und Folgen des wirtschaftlichen Wachstums auf die natürliche Umwelt des Menschen müssen heute mehr denn je kritisch hinterfragt und reflektiert werden. Dazu gehört auch die kritische Auseinandersetzung mit der Frage, ob grenzenloses Wachstum ein sinnvolles Ziel bleiben kann und welche Art des Wachstums in Zukunft gebraucht wird. Im Sinne der Ökoeffektivität muss der notwendige Ressourceneinsatz, verbunden mit der daraus resultierenden Abfallproduktion, als durchgängige Kreislaufwirtschaft organisiert werden. Betroffen sind nicht nur bestimmte Gruppen oder Regionen, sondern die gesamte Gesellschaft und die Art und Weise, wie wir zukünftig leben. Damit einher geht die Notwendigkeit eines umfassenden Strukturwandels mit nachhaltigen Folgen auf unsere Arbeit und unsere Mobilität, auf unser Wohnen, unseren Konsum und unsere Infrastruktur – und damit zwangsläufig auch auf die Sozialwirtschaft und den Paritätischen.

Seit jeher besteht innerhalb der Sozialwirtschaft der Anspruch, die eigenen sozialen Dienstleistungen nachhaltig – im Gleichgewicht zwischen sozialer, ökonomischer und ökologischer Verantwortung – zu gestalten und anzubieten. Gleichzeitig ist der mit der Klimakrise einhergehende Wandel und Veränderungsdruck so hoch, dass sich auch die Soziale Arbeit dieser Realität und der damit einhergehenden Diskussion über deren Gestaltung stellen muss, wenn sie von der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung nicht abgehängt werden will. Auch vor dem Hintergrund der durch die Klimakrise neu gestellten sozialen Frage ist und bleibt es die Aufgabe der sozialen Arbeit, soziale Ungerechtigkeit zu benennen und zu adressieren und nicht zuletzt Menschen im Kampf gegen Diskriminierung und den Ausschluss von sozialer Teilhabe zur Seite zu stehen.

Um aktiv zum Klimaschutz beizutragen, kommt der Sozialen Arbeit und damit auch dem Paritätischen Niedersachsen eine Doppelrolle zu. Nach außen gilt es den mit dem Klimaschutz einhergehenden sozialen Wandel und die weitere gesellschaftliche Entwicklung im Sinne der eigenen Klient*innen – besonders von Kindern und Jugendlichen, älteren und kranken Menschen oder Einkommensschwachen – progressiv zu befördern und eine aktive und lautstarke Interessenvertretung dieser Gruppen zu sein.

Nach innen wiederum muss auch die Sozialwirtschaft in Deutschland mit einem geschätzten Umsatzpotential von rund 185 Milliarden Euro pro Jahr ihrer Verantwortung bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen gerecht werden. Das betrifft unter anderem die Berücksichtigung von ökologischen Aspekten in der Planung und Durchführung von Veranstaltungen und Projekten sowie die regelmäßige Überprüfung und Verbesserung der Nutzung von Ressourcen und die Energieeffizienz in den eigenen Einrichtungen.

UNSER ANSPRUCH

1. KLIMANEUTRALITÄT DES PARITÄTISCHEN NIEDERSACHSEN BIS ZUM JAHR 2045.

Als Paritätischer sind wir uns unserer eigenen Verantwortung und unseres innerverbandlichen Potentials hinsichtlich Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Vorsorge gegen künftige klimabedingte Belastungen bewusst. Im Sinne unserer sozialunternehmerischen Verantwortung gilt es soziale, ökologische und ökonomische Aspekte miteinander in Einklang zu bringen. Mit unseren Einrichtungen und Diensten sehen wir uns dazu verpflichtet, einen Beitrag zur Reduktion von Treibhausgasemissionen und damit zum Erreichen der Klimaziele zu leisten. Besonders unseren Klient*innen wollen wir es ermöglichen, selbst klimafreundlich zu leben und damit teilzuhaben an der sozial-ökologischen Transformation. Zentralen Handlungsbedarf sehen wir in den Bereichen Immobilien, Beschaffungswesen und Mobilität. Hierzu gehören energetische Sanierungsmaßnahmen sowie der Ausbau von Photovoltaik; die Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen, die von der Herstellung bis zur Entsorgung soziale, ökologische und ökonomische Aspekte berücksichtigen, sowie der kontinuierliche Umstieg in die E-Mobilität inklusive des Aufbaus der dafür benötigten Ladeinfrastruktur.

2. FÖRDERUNG UND UNTERSTÜTZUNG UNSERER MITGLIEDS- ORGANISATIONEN AUF DEM WEG ZUR KLIMANEUTRALITÄT.

Auch unsere über 870 Mitgliedsorganisationen wollen wir in ihrem Bestreben ökologisch und nachhaltig zu arbeiten, fördern und unterstützen. Hierzu gehört der Aufbau eigener Energieberatungskompetenz sowie eines an den speziellen Bedarfen in der sozialen Arbeit orientierten Klimaschutzmanagements. Auch das muss ein Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege heute leisten.

UNSERE POSITIONEN

1. VERLÄSSLICHE REFINANZIERUNG ALLER KLIMASCHUTZAUSGABEN IN DER SOZIALWIRTSCHAFT. MASSNAHMEN ZUM KLIMASCHUTZ IN DEN ARBEITSFELDERN DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE SIND AUF ALLEN POLITISCHEN EBENEN STÄRKER MITZUDENKEN UND ZU FÖRDERN.

Nach wie vor bleibt eine verlässliche, planbare und dauerhafte (Re-)Finanzierung für soziale Einrichtungen und Dienste die größte Herausforderung bei der Umsetzung von eigenen Klimaschutzmaßnahmen. Denn als einer der größten Wirtschaftszweige in Niedersachsen kann die Sozialwirtschaft die damit einhergehenden Transformationskosten genauso wenig allein bewältigen, wie der Rest der heimischen Wirtschaft. Aktuell orientiert sich die öffentliche Refinanzierung sozialer Arbeit in erster Linie am Wirtschaftlichkeitsgebot, wodurch nachhaltige Investitionen oftmals verhindert werden. Angesichts des aktuell vom Sozialrecht vorgegebenen Rechtsrahmens sind notwendige energetische Investitionen sowie deren Folgekosten für die Leistungs-/Kostenträger nicht finanzierbar. Zudem sind eigene Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen bislang nicht wirtschaftlich und zum Teil sogar wirtschaftlich kontraproduktiv, da die dadurch erzielten Einsparungen teilweise die erstattungsfähigen Kostenansätze senken, worunter die Refinanzierung der aufgebrachten Investitionskosten leidet.

2. DIE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION DARF NICHT ZU LASTEN DER EINKOMMENSCHWÄCHSTEN GEHEN.

Als Paritätischer setzen wir uns für einen sozial-ökologischen Umbau ein, der alle Menschen mitnimmt und niemanden zurücklässt. Eine ambitionierte Klima- und Sozialpolitik gehören unweigerlich zusammen. Die Politik ist gefordert, die Rahmenbedingungen für ein klimagerechtes Leben für alle sozial zu gestalten, indem ökologische und soziale Gerechtigkeit Hand in Hand gehen.

Weltweit verschärft der Klimawandel Armut und Ungleichheit, wobei auch die deutsche Klimaschutzpolitik ihren Beitrag zur sozialen Ungerechtigkeit geleistet hat. Bislang wird Klimaschutz zu großen Teilen durch Konsumsteuern finanziert, wie die seit Anfang 2021 gestartete **CO₂ - Bepreisung**. Während die ärmeren Schichten in unserer Gesellschaft dadurch überproportional belastet wurden, haben vor allem diejenigen von staatlichen Klimaschutzförderprogrammen profitiert, die über einen eigenen finanziellen Spielraum für klimagerechte Investitionen verfügen. Zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche und von der Gesellschaft getragene Klimaschutzpolitik ist ein zuverlässiger und funktionierender Sozialstaat, der den Menschen soziale Sicherheit garantiert und die Voraussetzung schafft, dass sich alle ein klimafreundliches Leben auch tatsächlich leisten können. Im Sinne einer gerechten und solidarischen Finanzierung der damit einhergehenden gesellschaftlichen Transformationskosten braucht es unter anderem eine Rückverteilung der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung durch die Einführung eines einkommensabhängigen Klimageldes sowie einen gut ausgebauten und kostenlosen ÖPNV für Menschen, die Transferleistungen beziehen.

3. KLIMASCHUTZ IST GESAMTGESELLSCHAFTLICHE AUFGABE: KLIMASCHÄDIGENDES VERHALTEN ENDLICH BESTEUERN. FÜR EINFÜHRUNG EINER KLIMASTEUER FÜR DIE OBERSTEN 20 PROZENT DER EINKOMMEN. FÜR EIN ENDE VON UMWELTSCHÄDIGENDEN SUBVENTIONEN.

Der Verbrauch von Energie und anderen Ressourcen ist nicht nur weltweit ungleich verteilt, sondern auch innerhalb der Bevölkerung einzelner Länder. Menschen mit höheren Einkommen verursachen deut-

lich mehr CO₂-Ausstoß als Menschen mit niedrigerem Einkommen. Allein in Deutschland ist die Zahl der privaten Jetflüge im vergangenen Jahr um 76 Prozent gestiegen. Von den Gesamt-Emissionen seit 1990, für die die deutsche Bevölkerung verantwortlich ist, gehen laut OXFAM circa 26 Prozent auf das Konto der reichsten 10 Prozent, während die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung nur für wenig mehr verantwortlich ist. Das Umweltbundesamt kommt in diesem Zusammenhang zu dem klaren Ergebnis: Wer mehr Geld hat, lebt umweltschädlicher. Denn wer mehr Geld zur Verfügung hat, wohnt in der Regel größer, fliegt mehr, hat ein größeres Auto oder konsumiert mehr. Bislang zahlt für den Konsumrausch einer reichen Minderheit der ärmere Teil der Bevölkerung den Preis – Umverteilung von unten nach oben. Die Klimakrise ist damit auch eine Gerechtigkeitskrise. Denn nach wie vor wird der reichste Teil der Bevölkerung für ihr klimaschädigendes Verhalten und die mit ihrem Ressourcenverbrauch verbundenen ökologischen und sozialen Risiken nicht zur Verantwortung gezogen.

Gleichzeitig müssen endlich umwelt- und klimaschädigende Subventionen abgebaut und in Klimaschutzmaßnahmen reinvestiert werden. Hierzu gehört die Abschaffung der Energiesteuervergünstigung für Dieselkraftstoff wie für Kerosin im Luftverkehr, genauso wie das Dienstwagenprivileg.





POSITIONSPAPIER FACHKRÄFTESICHERUNG

des Paritätischen Wohlfahrtsverbands
Niedersachsen e.V.

Die Sicherung des Fachkräftebedarfs in der Sozialen Arbeit ist eine der zentralen Herausforderungen der Zukunft. Bereits heute werden Zeiten für die Betreuung, Beratung und Unterstützung hilfebedürftiger Menschen eingeschränkt; dringend benötigte zusätzliche Angebote können nicht geschaffen werden. Im Ergebnis können Menschen, die auf solche Angebote und Dienstleistungen angewiesen sind, diese nicht mehr in ausreichendem Umfang erhalten. Die Angebote der Sozialen Arbeit erreichen nahezu alle Bürger*innen, sei es durch die direkte Inanspruchnahme oder indirekt als Angehörige, Eltern oder Sorgeberechtigte.

Parallel dazu wird der Bedarf an sozialen Dienstleistungen in den kommenden Jahren weiterhin steigen. Dies ist unter anderem auf die demografische Entwicklung zurückzuführen. Bereits in den vergangenen Jahren zeichnete sich ein wachsender Bedarf bei der Versorgung und Unterstützung älterer Menschen ab, der - bei gleichzeitig perspektivischer Abnahme der Personen im erwerbsfähigen Alter - weiterhin zunehmen wird. Hinzu kommt unter anderem ein wachsender Unterstützungsbedarf vor dem Hintergrund weltweiter Flucht- und Migrationsbewegungen. Politische Entscheidungen, wie die Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter oder beabsichtigte und notwendige Qualitätsverbesserungen, beispielsweise im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder, werden darüber hinaus zu einem höheren Bedarf an Fachkräften führen.

Als Dachverband von knapp 900 sozialen Organisationen und als eigener Anbieter von sozialen Dienstleistungen in Niedersachsen ist dem Paritätischen die Dramatik der aktuellen Situation mehr als bewusst. Eine Strategie, die diesem Mangel kurz-, mittel- und langfristig entgegenwirkt, muss sich aus vielen verschiedenen Aspekten zusammensetzen. Dafür müssen sowohl für die Soziale Arbeit insgesamt, als auch für einzelne Arbeitsfelder notwendige Maßnahmen ergriffen werden - abhängig von den jeweiligen gesetzlichen oder vertraglichen Rahmenbedingungen.

Aus der Perspektive des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. sollten die folgenden Maßnahmen in den Blick genommen werden:

UNSER ANSPRUCH

1. STUDIEN- UND AUSBILDUNGSPLATZKAPAZITÄTEN ERHÖHEN

Die Ausbildungs- und Studienplatzkapazitäten in allen sozialen Berufen müssen weiter ausgebaut und die Zahl der Lehrenden erhöht werden. Es ist nicht zu akzeptieren, dass bei der aktuellen Mangellage an Fachkräften an verschiedenen Hochschulen Niedersachsens für Studiengänge aus dem Bereich der Sozialen Arbeit Zugangsbeschränkungen bestehen und interessierte Studierende ihr Wunschstudium nicht aufnehmen können. Dabei sind barrierefreie Ausbildungs- und Studienplätze ebenso zwingend notwendig, wie die Integration von Betroffenen in die Lehre sowie in die Konzeptionierung von Lerninhalten.

Es ist wichtig, dass für alle Bildungsgänge an Fachschulen die vollständige Schulgeldfreiheit umgesetzt wurde. Der Paritätische begrüßt sehr, dass mit der Beschlussfassung des Niedersächsischen Landtags im Mai 2023 endlich dieses Ziel auch für die Heilerziehungspflege erreicht wurde. Niedersachsen braucht darüber hinaus mit Blick auf die Bedarfe der Zukunft eine Gründungsoffensive für gemeinnützige Fachschulen. Diese müssen vom ersten Tag an durch das Land refinanziert werden. Die Schulträger müssen in die Lage versetzt werden, ausgehend von den Interessen und Bedarfen der jungen Menschen eine flexible und attraktive Ausbildung anzubieten. Dies kann auch dazu beitragen, die beispielsweise in der Pflege dramatisch hohen Zahlen an Abbrecher*innen zu senken. Die Formen der Ausbildung

(berufsbegleitend, in Teilzeit) sind hierbei ebenso wie die Klassengrößen in den Blick zu nehmen. Perspektivisch sollte zudem eine Ausbildungsvergütung die Regel sein.

2. GUTE UND VERLÄSSLICHE ARBEITSBEDINGUNGEN IN DER SOZIALEN ARBEIT SCHAFFEN

Eine verlässliche und sichere Finanzierung aller Bereiche der Sozialen Arbeit bildet die Grundlage guter Arbeitsbedingungen. Befristete Projekte und Stellen müssen in auf Dauer angelegte und für aktuelle Anforderungen und Qualitätsstandards auskömmliche Regelfinanzierungen überführt werden, um freien Trägern in allen Bereichen die Schaffung attraktiver und unbefristeter Arbeitsplätze mit Perspektive zu ermöglichen. Leider ist dies in vielen Bereichen nach wie vor nicht der Fall. Schullandheime finanzieren sich beispielsweise in der Regel ausschließlich über ihre Einnahmen und erhalten keine Strukturförderung. Auch sind beispielsweise die Fördersätze im Bereich der Frauenhäuser und Beratungseinrichtungen für Mädchen und Frauen, die von Gewalt betroffen sind, letztmalig 2011 angepasst worden. Dies gilt ebenfalls für das seit 2005 bestehende Niedersächsische Ausführungsgesetz zum Schwangerschaftskonfliktgesetz, in der die aktuelle Förderung der hochkomplexen und anspruchsvollen Arbeit der Beratungskräfte seit Jahren nicht gerecht wird. Ein ähnlicher Sachverhalt findet sich in den Jugendwerkstätten in Niedersachsen wieder, die seit Jahrzehnten mit zeitlich befristeten Projektförderungen auskommen müssen. Und auch die landesgeförderten Migrationsberatungsstellen müssen jährlich neu beantragt werden und sind ebenso immer noch nicht auskömmlich finanziert. Fachkräftemangel, große Fluktuation sowie der Verlust langfristigen Know-hows sind die Folgen.

Das Land Niedersachsen ist aufgefordert, in seinem Verantwortungsbereich bei den Zuwendungen und Förderungen jährliche Anpassungen entsprechend der Lohn- und Inflationssteigerungen vorzunehmen und die Finanzierung sowie die Nachhaltigkeit der Arbeit dauerhaft sicherzustellen. Refinanzierte Tariflöhne sind dabei ebenfalls unverzichtbarer Bestandteil konkurrenzfähiger Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit. Die gerade in der Corona-Pandemie vielzitierte Systemrelevanz muss sich auch in angemessenen Rahmen- und Arbeitsbedingungen widerspiegeln.

3. WEITERBILDUNG / QUALIFIZIERUNG / QUEREINSTIEG

Wir brauchen dringend mehr Weiterbildung und Qualifizierung, um das vorhandene Potenzial an Menschen in unserem Bundesland zu nutzen. In vielen Bereichen der Sozialen Arbeit sind Personengruppen ohne bestimmte Studienabschlüsse von Tätigkeiten ausgeschlossen. Für diese Personengruppen brauchen wir passende Qualifizierungsangebote. Für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe wird aktuell im Niedersächsischen Landesjugendamt an einem entsprechenden Programm gearbeitet, um Quereinsteiger*innen mittels eines transparenten und zugänglichen Systems eine passgenaue Nachqualifizierung und spätere Tätigkeit als Fachkraft zu ermöglichen, ohne dass sie eine komplette Ausbildung absolvieren müssen. Ähnliche Ansätze benötigen wir für alle anderen Arbeitsfelder. Auch der Einstieg von Personen mit fachverwandten Ausbildungen / Studiengängen sollte je nach Richtlinie überprüft werden, um den Trägern mehr Flexibilität bei der Personalauswahl zu ermöglichen. Grundsätzlich ist die Möglichkeit des Quereinstiegs bei Qualifizierung „on-the-job“ von besonderer Bedeutung, um zusätzliche Personen für die Soziale Arbeit zu begeistern. Weitere Personengruppen, wie Menschen ohne Ausbildung, sowie Geringqualifizierte, aber auch Arbeitskräfte, deren Jobs durch die Digitalisierung gefährdet sind, gilt es hier in den Blick zu nehmen und vorhandene Angebote der Qualifizierung und Unterstützung flächendeckend auszubauen. Hilfreich wäre hierfür die Schaffung eines Modellprojektes „Servicestelle: Willkommen in der Sozialen Arbeit!“, welche niedrigschwellig Interessierten die Zugänge in die einzelnen Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit und Fördermöglichkeiten erläutert.

Einen besonderen Fokus legen wir zudem auf Stärkung der Qualifizierung von sogenannten „Peers“. Es

geht darum, Menschen, die selbst eine Teilhabeeinschränkung erworben haben zu qualifizieren. Durch die Implementierung der EUTBs bundesweit gibt es positive Erfahrungen mit diesem Ansatz, auch manche Träger der Eingliederungshilfe haben bereits die positiven Auswirkungen in ihren Einrichtungen bemerkt, die mit einer Beschäftigung gut qualifizierter Peers einhergehen können.

Soziale Arbeit lebt durch eine positive und konstruktive Grundhaltung zum Menschen. Sie bekennt, dass jeder Mensch sich entwickeln möchte. Menschen, die in der sozialen Arbeit tätig sind, brauchen daher eine Grundwertehaltung und eine Reflexionsbereitschaft, damit die Qualität und Wirksamkeit der Sozialen Arbeit auch aufrechterhalten werden kann. Diese Auseinandersetzung mit eigenen Werten, Motiven und einem Menschenbild möchten wir im Rahmen der Qualifizierung von Quereinsteiger*innen unbedingt berücksichtigt wissen.

4. ERWERBSMÖGLICHKEITEN VON FRAUEN ERHÖHEN

Dabei spielt das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine gleichberechtigte Partnerschaft in der Sorgearbeit sowie die verlässliche und gute Betreuung in Tageseinrichtungen für Kinder sowie Ganztagschulen eine zentrale Rolle. Kitas und Kindertagespflege benötigen jetzt eine überzeugende Verbesserung der Strukturqualität, damit der Beruf als Erzieher*in und Sozialpädagogische*r Assistent*in attraktiver wird, mehr Menschen ihn ergreifen und insbesondere auch länger als aktuell im Arbeitsfeld verbleiben. Bedarfsgerechte und leistungsstarke Angebote der Kindertagesbetreuung bilden die Grundlage für eine gleichberechtigte Gesellschaft und verbessern die Erwerbsmöglichkeiten insbesondere von Frauen. Außerdem ist ein flexibler Wechsel der Arbeitszeitmodelle ein zusätzlicher Faktor bei der Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Frauen.

5. ZUGANGSHÜRDEN ABBAUEN, GEZIELTE ZUWANDERUNG FÖRDERN UND VORHANDENE POTENZIALE NUTZEN

Wir brauchen einen vereinfachten Zugang in den Arbeitsmarkt. Wer hier ist, soll nach erstem Spracherwerb, so schnell wie möglich, arbeiten dürfen, auch wenn der Aufenthaltsstatus noch nicht geklärt ist. Der Umgang mit den geflüchteten Menschen aus der Ukraine kann hier eine Blaupause für alle zu uns gekommenen Menschen sein. Die kommunalen Ausländerbehörden müssen so ausgestattet sein, dass sie alle Möglichkeiten für die Verstetigung des Aufenthaltes mit großzügigem Ermessen ausschöpfen können (Bleiberechtsregelungen, Chancenaufenthalt, Beschäftigungs- und Ausbildungsduldung). Darüber hinaus bedarf es einer für das Land Niedersachsen abgestimmten Initiative, um möglichst viele Menschen aus dem Ausland für eine Tätigkeit in der Sozialen Arbeit zu gewinnen. Hierfür benötigen wir neben einer gesellschaftlichen Willkommenskultur auch eine Kultur des Ermöglichens, insbesondere beim Blick auf Anerkennungsverfahren für ausländische Abschlüsse oder Fragen der Erwerbsmöglichkeiten in Deutschland. Es müssen zusätzliche Mittel zur Sprachförderung und Bildung zur Verfügung gestellt werden.

6. ALLE AKTEUR*INNEN AN EINEN TISCH BRINGEN

Anknüpfend an die Bemühungen der Landesregierung im Rahmen der Niedersächsischen Fachkräfteinitiative benötigen wir für den Bereich der Sozialen Arbeit einen Runden Tisch mit den verschiedenen Ministerien, Fachschulen, Verbänden der freien Träger, kommunalen Spitzenverbänden, Agentur für Arbeit und Universitäten, um einen Masterplan Fachkräftesicherung und -ausbildung zu erarbeiten und umzusetzen.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen steht der Niedersächsischen Landesregierung und allen anderen Akteuren als kompetenter Ansprechpartner zur Verfügung.

FÜR EINE VITALE UND WEHRHAFTE DEMOKRATIE

Positionierung des Paritätischen
Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V.



PARITÄT

EINLEITUNG

Die Menschenrechte von 1948 sind das Leitbild des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. und seiner rund 870 Mitgliedsorganisationen. Universell, unveränderlich und unteilbar bilden sie das Fundament einer sozialen und solidarischen Gesellschaft, für die wir uns tagtäglich engagieren, für die wir arbeiten und streiten. Unser Menschenbild beruht auf gegenseitiger Wertschätzung. Wir engagieren uns für und mit Menschen, die hilfebedürftig oder sozial und wirtschaftlich benachteiligt sind. Diesen Menschen geben wir eine Stimme, indem wir ihre Interessen und Anliegen in den öffentlichen Diskurs einbringen. Dabei werden wir getragen von der Idee der Parität, der Gleichheit aller in ihrem Ansehen und ihren Möglichkeiten und von unverrückbaren Prinzipien wie Toleranz, Offenheit und Vielfalt.

Gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen stehen wir für eine demokratische, offene, vielfältige Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt teilhaben und Schutz erfahren – unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, sozialer oder ethnischer Herkunft, Alter, Religion oder Weltanschauung, sexueller Identität, materieller Situation, Behinderung, Beeinträchtigung, Pflegebedürftigkeit oder Krankheit.

Wir sehen uns verpflichtet, allen Ideologien der Ungleichwertigkeit entschieden entgegenzutreten. Daher sind für uns eine diskriminierungsfreie Gesellschaft, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit unverhandelbar.

RECHTE, RASSISTISCHE UND ANTISEMITISCHE GEWALT IN DEUTSCHLAND

Rechte, rassistische, antisemitische und anti-muslimische Gewalt ist seit der Gründung der Bundesrepublik ein allgegenwärtiger, trauriger Teil ihrer Geschichte und Gegenwart. Mölln/Solingen, NSU, München, Halle, Hanau oder zuletzt die terroristische Vereinigung der Reichsbürger*innenszene zum Umsturz der demokratischen Ordnung sind nur einige erschütternde Beispiele rechtsradikaler, antisemitischer und anti-muslimischer Gewalttaten, die uns immer wieder aufs Neue fassungslos machen. Strukturelle und institutionelle Diskriminierung gehören auch nach mehr als 70 Jahren Demokratie und Grundgesetz immer noch zur Lebensrealität vieler Menschen in unserem Land. Angriffe auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die freiheitliche Grundordnung sind zu einer dauerhaften Herausforderung für unsere Gesellschaft geworden.

Diskriminierung ist Alltag in Deutschland – das sagen 90 Prozent der Befragten des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors. Etwa zwei Drittel der Bevölkerung sind schon einmal direkt oder indirekt mit Rassismus in Berührung gekommen. 22,2 Prozent haben Rassismus selbst erfahren. Auch in Niedersachsen bleibt rechte Gewalt konstant hoch: An jedem zweiten Tag werden Menschen in Niedersachsen Opfer von rechter Gewalt.

Das hässliche Gesicht von Hass und Hetze begegnet uns heute überall: Auf der Straße, im Netz und in den Parlamenten. Wir erleben nichts anderes als einen organisierten Kampf auf allen Ebenen gegen unsere Demokratie, der es sogar bis in die Herzkammer, unsere Parlamente, geschafft hat. Mit der Alternative für Deutschland, die seit zehn Jahren zugleich Produkt und Katalysator des Rechtsextremismus ist, sitzt eine Partei sowohl im Deutschen Bundestag als auch in insgesamt 15 Landesparlamenten, die unsere parlamentarische Demokratie sabotiert, verunglimpft und lächerlich macht. Mit mehr als 10% bei der vergangenen Landtagswahl hat sich die AfD auch in Niedersachsen deutlich vergrößert und stabilisiert.

Gleichzeitig lässt sich bei den Protesten gegen Unterkünfte für Geflüchtete, den „Spaziergängen“ von Pegida oder den Demonstrationen gegen die Corona-Politik die Manifestierung eines demokratiefeindlichen Milieus aus Rechtsextremen, Hooligans, Reichsbürger*innen, Esoteriker*innen und Antidemokrat*innen beobachten, das unter anderem mit der Erstürmung der Treppen des Reichstags im Jahr 2020 sein demokratiegefährdendes Potenzial symbolisch und bildgewaltig unter Beweis gestellt hat.

UNSER BEITRAG ZU EINER WEHRHAFTEN DEMOKRATIE

Angesichts der Verrohung unserer politischen (Debatten-)Kultur steht auch unsere demokratische Zivilgesellschaft heute stark unter Druck. Aus den Erfahrungen des Scheiterns der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Diktatur und im Sinne unseres Grundgesetzes engagiert sich der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. für eine vitale und wehrhafte Demokratie. Ihre aktive Verteidigung ist die gemeinsame Aufgabe von Zivilgesellschaft und Rechtsstaat. Als Teil der Zivilgesellschaft stehen wir für gelebte Demokratie und eine Kultur des wechselseitigen Respekts, insbesondere auch innerhalb unserer Mitgliedsorganisationen und Einrichtungen. Unser gemeinsamer Kompass ist die Würde des Menschen. Uns eint die gemeinsame Überzeugung, überall dort Widerstand zu leisten, wo Menschenrechte bedroht oder missachtet werden.

Gleichzeitig ist auch die soziale Arbeit auf vielen Ebenen mit rechten Erscheinungsformen konfrontiert. Wir sind nicht nur Zielscheibe von Hass und Gewalt, sondern mit unserem Engagement, etwa im Bereich der Bildungs- oder Gemeinwesenarbeit, vielmehr auch aktive Gegenspieler*innen und Verhinder*innen von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit und ihrer Entstehung. Wir sind Förderer*innen und Ermöglicher*innen von Demokratie.

Eines ist für uns ganz klar: Den sukzessiven Rückzug von engagierten Demokrat*innen und die Erosion unserer demokratischen Kultur können und dürfen wir nicht zulassen. Darum wird der Paritätische Niedersachsen auch weiterhin aus Überzeugung und mit vollem Herzen überall dort demokratischen Widerstand leisten, wo wir Diskriminierung, Nationalismus, Antisemitismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vorfinden.

UNSER ANSPRUCH

1. AUSBAU DER MOBILEN BERATUNG GEGEN RECHTSEXTREMISMUS UND STÄRKUNG DER BETROFFENENBERATUNG FÜR BETROFFENE RECHTER, RASSISTISCHER, ANTISEMITISCHER UND ANTI-MUSLIMISCHER GEWALT SOWIE DER RECHERCHE- UND INFORMATIONENSTELLE ANTISEMITISMUS (RIAS NIEDERSACHSEN).

Rechte Gewalt muss sichtbar gemacht und als solche klar benannt werden. Viel zu oft bleiben Übergriffe außerhalb des Sichtfelds der Mehrheitsgesellschaft oder Betroffene haben aus persönlichen Gründen Hemmungen, zur Polizei zu gehen. Nach wie vor gibt es eine viel zu hohe Dunkelziffer, auch weil Opfer und Betroffene keine flächendeckenden Unterstützungsstrukturen in Niedersachsen vorfinden.

2. EINFÜHRUNG EINES LANDESEIGENEN ANTIDISKRIMINIERUNGSGESETZES ZUR VERHINDERUNG UND BESEITIGUNG JEDER FORM VON DISKRIMINIERUNG SOWIE ZUR FÖRDERUNG EINER KULTUR DER WERTSCHÄTZUNG VON VIELFALT INNERHALB DER LANDESVERWALTUNG.

Um in der öffentlichen Verwaltung und in öffentlichen Stellen von Diskriminierung betroffene Menschen bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen und die Herstellung und Durchsetzung von Chancengleichheit zu fördern, braucht es klar definierte und zu schützende Diskriminierungsmerkmale und eine Beschwerdestelle. Das Land muss hierbei als Vorbild vorangehen und ein klares Zeichen gegen Ausgrenzung und Stigmatisierung setzen.

3. EINRICHTUNG EINER LANDESANTIDISKRIMINIERUNGSSTELLE, DIE IN IHRER FUNKTION DIE KOORDINATION DER NICHT-STAATLICHEN ANTIDISKRIMINIERUNGSSTELLEN ÜBERNIMMT, IN FÄLLEN VON DISKRIMINIERUNG INFORMATIONEN UND QUALIFIZIERTE BERATUNG ANBIETET, EIGENE FORSCHUNG ANSTELLT SOWIE EMPFEHLUNGEN AN DIE POLITIK ABGIBT.

Mit Blick auf die Bemühungen in den anderen Bundesländern und besonders im Hinblick auf Formen von institutioneller Diskriminierung benötigt auch das Land Niedersachsen eine zentrale Anlaufstelle und Ansprechstation für Menschen, die Benachteiligungen und Diskriminierung in verschiedenen Lebensbereichen erfahren haben.

4. STÄRKERE FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG UND INSTITUTIONELLE FÖRDERUNG VON DISKRIMINIERUNGSKRITISCHE BILDUNGSARBEIT FÜR MEHR PROJEKTE AN UND MIT SCHULEN ALS AUCH AUSSERHALB DES SCHULISCHEN RAUMS. HIERFÜR BRAUCHT ES EINE AUSKÖMMLICH FINANZIERT POLITISCHE BILDUNG, ANGEFANGEN VON DER NIEDERSÄCHSISCHEN LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG, ÜBER DIE ERWACHSENENBILDUNG BIS HIN ZUR KINDER- UND JUGENDBILDUNG

Im Sinne einer diskriminierungskritischen Bildungsarbeit sollte Diskriminierung in ihren unterschiedlichen Ausprägungen, Funktions- und Wirkungsweisen in allen Lebensbereichen thematisiert und eine intensive Sensibilisierungs- und Aufklärungsarbeit entsprechend unterstützt und gefördert werden. Dabei geht es auch um ein vertieftes Verständnis über die Aufrechterhaltung und Reproduzierung von rassistischen, antisemitischen und anti-muslimischen Stereotypen, Ungleichheitsverhältnissen und Verschwörungserzählungen.





www.paritaetischer.de

